



[Newsletter Juni]

Inhalt

Editorial	2
Konkrete Schritte verweigert	2
Erst kalkulieren, dann umtaufen	2
Grünen Sommer in den Landtag geholt	3
Bürgerrechtlerin für Gauck	3
Berufsschulen müssen sich zu Kompetenzzentren entwickeln	4
Thüringen Monitor gibt klaren Handlungsauftrag	4
Hilfe bei Altschulden	4
Grüne Fraktion unterstützt DBSV-Resolution	5
Bittere Entscheidung zu Lasten der Schwächsten	5
Frischer Wind für Thüringen	6
Begleitetes Fahren mit 17	6



Editorial

Lag es an den heißen Themen, der bevorstehenden Sommerpause oder den durch die Fußball-WM hochgeschaukelten Emotionen? Im Juni-Plenum des Landtages schlugen die Wellen jedenfalls hoch.

Von der ersten Debatte an zeigten sich die Abgeordneten außerordentlich kampflustig. Das ist in Ordnung, denn es trug zunächst zu einer lebendigen Auseinandersetzung bei. Doch der Spaß hatte ein jähes Ende. Michael Heym von der CDU bezeichnete uns als „vaterlandslose Gesellen“ und „fahren-des Volk“!

In der Erregung ist dem Konservativen offenbar unkontrolliert herausgerutscht, was in seinen Kreisen gedacht wird: andere Lebens- und Denkformen sind grundsätzlich schlechter als die ihren. Willkommen in der neuen politischen Kultur Thüringens!

Liebe Freundinnen und Freunde, die oligarchische Unkultur hat sich am 30. August 2009 nicht einfach in Luft aufgelöst. Sie muss entschlossen umgekrempelt werden. Wie wir dies in diesem Plenum angegangen sind, lest Ihr in diesem Newsletter.

Mel Spaß dabei wünscht Eure Fraktionsvorsitzende
Anja Siegesmund

Willkommen in der neuen politischen Kultur Thüringens!

Erst kalkulieren, dann umbenennen

Die Landesregierung hatte angekündigt, den Flughafen Erfurt in Flughafen Erfurt/Weimar umzubenennen und so die höhere Bekanntheit der Gothestadt dafür zu nutzen, mehr Touristen in den Freistaat zu locken.

Jennifer Schubert erklärte dazu: „Über die Umbenennung sollte erst nach Vorliegen des Gutachtens zur wirtschaftlichen Situation des Flughafens im Herbst entschieden werden.“ Denn der Bericht des Rechnungshofes von 2009 zeigt eindeutig, dass das vorliegende Flughafenkonzept mit seinen Prognosen zu Passagierzahlen und Erträgen nicht realistisch ist. Sie mahnte außerdem, bei den Kosten für die Umbenennung Transparenz zu wahren und die Kosten für die eigentliche Umbenennung zu benennen.

Konkrete Schritte verweigert

Grün heißt, konkrete Schritte zu gehen. So knapp lässt sich der Unterschied zwischen uns und der Regierungskoalition beschreiben.

CDU und SPD haben in ihrer Koalitionsvereinbarung das Streben nach einer gentechnikfreien Landwirtschaft verankert. Im Juni-Plenum befasste sich der Landtag mit ihrem Antrag „Thüringen: Aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen“. Dazu sagte unser umweltpolitischer Sprecher Dr. Frank Augsten: „Wir freuen uns darüber, dass unser im Januar von den Regierungsparteien abgelehnter Antrag zur gentechnikfreien Landwirtschaft im Freistaat von eben diesen beiden Fraktionen in abgewandelter Form nun wieder in den Landtag eingebracht wurde.“ Doch die Freude hatte Grenzen: „Angesichts der fachlichen Fehler und des appellhaften Charakters der CDU/SPD-Neuvorlage sahen wir uns gezwungen, einen Alternativantrag einzubringen.“

In der Landtagsdebatte wurde einmal mehr deutlich, dass sich die beiden regierungstragenden Fraktionen der Problematik der ungeklärten Risiken für Umwelt und Gesundheit, die der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen mit sich bringt, bewusst sind. Zudem lehnte die kleine große Koalition Konkretisierungen der notwendigen Schritte zum Erhalt der Wahlfreiheit für LandwirtInnen und VerbraucherInnen, die Gegenstand des bündnisgrünen Antrags waren, ab.

„Und es ist sicher kein Zufall, dass im CDU/SPD-Antrag kein Wort zu gesetzwidrig zugelassenen Gentechnik-Kartoffeln Amflora, zum bestehenden Verbot des Gentechnik-Maises MON810, zu Konsequenzen aus den aktuellen Saatgutverunreinigungen und zur fehlenden Kennzeichnung von Produkten von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter versorgt wurden, zu finden ist“, meint Frank Augsten. Denn genau bei diesen Punkten wird es aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkret. „Und es ist auch kein Zufall, dass unser Antrag, der genau diese wichtigen Punkte enthielt, abgelehnt wurde.“



Grünen Sommer in den Landtag geholt

Die Sonnenkraft hat Thüringen den Sommer gebracht – unsere Fraktion dem Landtag frisches Grün. Das zeigte sich auch zum Tag der offenen Tür am 12. Juni.

Wir hatten einen Strand auf den grauen Asphalt der Jürgen-Fuchs-Straße gezaubert. Während die Kleinsten ihre Sandkuchen backen, konnten die Größeren bei einer BIO-Limonade ihren individuellen CO₂-Verbrauch testen. Manche prüften dabei nur, wie sich ihr Grüner Fußabdruck entwickelt hat, andere waren erstaunt, zum ersten Mal zu sehen, welche Spuren sie auf der Erde hinterlassen. Der Teilnehmer Michael Flohr gewann dabei sogar eine Solarleuchtkugel. Und unsere Abgeordneten hatten jede Menge Gelegenheit, mit den BürgerInnen zu reden.

Ein besonderes Highlight des Tages war die Ausstellung von 20 Plakaten in den bündnisgrünen Fraktionsräumen. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund eröffnete sie gemeinsam mit einigen der jungen Künstler. Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher waren gleichermaßen begeistert von dem gemeinsamen Projekt ungarischer und deutscher SchülerInnen, die sich mit der Medienberichterstattung zum Ungarnaufstand 1956 beziehungsweise zum 17. Juni 1953 in der DDR Berlin in darstellender Weise auseinandergesetzt hatten. Die Bilder können weiterhin in den Räumlichkeiten der bündnisgrünen Fraktion unter Augenschein genommen werden.

Mehr über die Ziele und Motivation der sommergrünen Fraktion stellten Anja Siegesmund, Dr. Frank Augsten und Carsten Meyer auf der Hauptbühne vor. Im Unterschied zu früheren Tagen der offenen Tür zeigte sich ganz deutlich: Jetzt sind im und um den Landtag überall grüne Punkte zu sehen. Nicht zuletzt auf der Bühne selbst, wo die Liedermacherin Johanna Zeul, Trägerin des Rio-Reiser-Songpreises, über ihre (Um-)Welt sang. Ein super Konzert, das nach den teilweise recht müden Darbietungen der anderen Parteien die Sinne wieder frei spülte und jede Menge Spaß machte. Wir haben nun auch Johanna Fieber...

Bürgerrechtlerin

für Gauck

Unsere Fraktion entsendet Gisela Hartmann als Wahlfrau in die Bundesversammlung.

„Damit haben wir uns für eine Frau entschieden, die sich in den vergangenen Jahrzehnten unter anderem im sozialen, kirchlichen und umweltpolitischen Bereich herausragend verdient gemacht hat“, betont Fraktionschefin Anja Siegesmund. Gisela Hartmann lebt seit 1944 in Nordhausen. Ihr Leben in der DDR bedeutete für sie Einengung, in die sie sich aber nicht fügte. 1983 rief sie das „Kirchliche Umweltseminar“ Nordhausen ins Leben. Als Mitbegründerin des „Neuen Forum“ verhinderte sie mit anderen die Vernichtung von Stasi-Unterlagen. Seit mehr als zehn Jahren engagiert sie sich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Unsere Fraktion beobachtet mit Freude das anhaltend große Interesse der BürgerInnen an der Wahl des zukünftigen Bundespräsidenten. Umfragen zufolge spricht sich die Mehrheit der BürgerInnen für Joachim Gauck aus. „Jetzt ist die Bundesversammlung gefragt. Am Abend des 30. Juni sollte der würdigste Kandidat für das höchste Amt der Bundesrepublik gewählt worden sein – und das ist Joachim Gauck“, schließt Siegesmund.



Berufsschulen müssen sich zu Kompetenzzentren weiterentwickeln

In der Debatte zum Stand der Berufsschulnetzplanung machte Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion deutlich, dass nur eine gute Ausbildung Zukunft sichert.

„Wir brauchen alle Jugendlichen und wollen ihnen eine Perspektive geben. Auch und gerade angesichts des demographischen Wandels ist es wichtig, die Berufsschulen zu Kompetenzzentren der Aus- und Weiterbildung weiter zu entwickeln“, so Rothe-Beinlich.

„Berufsschulen sollen fit für den Arbeitsmarkt machen und die Jugendlichen in ein selbstbestimmtes Leben entlassen und neben fachlicher Qualifikation auch soziale Kompetenzen vermitteln“, stellte Astrid Rothe-Beinlich in ihrer Rede dazu klar.

Die erneute Einberufung der Stabsstelle Berufsschulnetzplanung kann, wie im Antrag der LINKEN gefordert, sinnvoll sein, wenn sie unter vernünftigen Rahmenbedingungen arbeitet. Neben kommunaler Verantwortung sehen wir nämlich auch das Land in der Pflicht für alle Jugendlichen Sorge zu tragen.

Thüringen Monitor gibt klaren Handlungsauftrag

Die Ergebnisse des aktuellen Thüringen Monitors sind für uns kein Anlass zum Zurücklehnen sein.

„Wenn noch immer ein Fünftel der Menschen im Land die Demokratie als beste Staatsform ablehnt, ist das vielmehr eine Aufforderung zum Handeln“, sagte Anja Siegesmund dazu. Trotz des von den Wissenschaftlern gemessenen leichten Rückgangs des ‚harten Kerns‘ der rechtsextremistischen Szene muss antidemokratischen Einstellungen entschlossen begegnet werden. „Da helfen keine Sonntagsreden und auch keine Ein-Jahres-Programme. Der klare Handlungsauftrag lautet: Wir müssen unsere Demokratie aktiv stärken.“

Die Konsequenzen sind für uns Bündnisgrüne ganz klar – wir brauchen zum Beispiel mehr und bessere Bildung durch gute Schulen und ansprechende Erwachsenenbildung. „Der Thüringen Monitor ist aber auch ein Auftrag, mehr Beteiligung zu ermöglichen“, so Anja Siegesmund. „Denn nur durch Beteiligung festigen wir Vertrauen.“ Unsere Fraktion hatte daher in den Landtag ein Gesetz zur Absenkung des Wahlalters in Kommunen auf 16 Jahre eingebracht. „Und wir wollen ein transparenteres Parlament. Deshalb fordern wir unter anderem öffentliche Ausschusssitzungen“, sagt Anja Siegesmund.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN warnen hingegen davor, vermeintlich gute Zahlen als Anlass dafür zu nutzen, das Engagement der Politik zurück zu fahren oder gar finanzielle Mittel zu kürzen. „Die Ergebnisse des Thüringen Monitors sind keine Steilvorlage unter der Überschrift: Weniger Verantwortung!“, betont Anja Siegesmund. Das Instrument Thüringen Monitor muss weiter Bestand haben. Er ist für uns ein Gradmesser für die Stabilität unserer Demokratie und die Tragfähigkeit unserer politischen Kultur. Anja Siegesmund, die am Institut für Politikwissenschaft der Universität Jena studiert hat, wo die Untersuchung erarbeitet wurde, bewertet diese als „ausgezeichnete Grundlage, um uns Politikern aber auch den gesellschaftlichen Akteuren Aufgaben ins Stammbuch zu schreiben.“

Hilfe bei Altschulden

Dem Vorhaben der Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Anschlussregelung bei der Altschuldenhilfe für Wohnungsunternehmen einzusetzen, steht die Fraktion positiv gegenüber.

Unsere Bau-Expertin Jennifer Schubert forderte aber: „Für die politische Diskussion über die Höhe der Altschuldenhilfe muss es belastbare Zahlen zu den bei den Wohnungsunternehmen liegenden Schulden geben.“ Auch angesichts der Kürzungsvorhaben der Bundesregierung im Bereich der energetischen Sanierung mahnte sie, die Städtebaufördermittel mit Auflagen zur energetischen Sanierung zu verknüpfen.

Grüne Fraktion unterstützt DBSV-Resolution

Bundeseinheitlicher Nachteilsausgleich überfällig

Mit der Änderung des Blindengesetzes im Landtagsplenum erhalten blinde Menschen ab 1. Juli monatlich 270 Euro. Astrid Rothe-Beinlich, unsere Parlamentarische Geschäftsführerin im Thüringer Landtag hat deutlich gemacht, dass sie froh über diese längst fällige Erhöhung ist.

„Trotzdem muss konstatiert werden, dass die schmale Erhöhung zu spät kommt und im bundesweiten Vergleich Thüringen in Bezug auf die Höhe der Blindengeldzahlungen immer noch am unteren Ende liegt“, gibt Astrid Rothe-Beinlich zu bedenken. „Aus unserer Sicht ist nicht hinnehmbar, dass es keinen bundeseinheitlichen Nachteilsausgleich für Blinde und Sehbehinderte gibt. Für einen solchen - in bedarfsdeckender Höhe - machen wir uns bereits seit vielen Jahren stark.“

Die bündnisgrüne Fraktion unterstützt in diesem Sinne auch die beim DBSV-Verbandstag in Berlin einstimmig verabschiedete Resolution für eine gerechte Blindengeldlösung“, so die Grünenpolitikerin weiter, die bereits seit vielen Jahren im engen Kontakt an der Seite der Blinden und Sehbehinderten streitet.

Aufgrund fehlender Chancen für Blinde und Sehbehinderte bei der Berufsausbildung und am ersten Arbeitsmarkt fordern wir Bündnisgrünen die Wiedereinrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle für die Betroffenen. „Schließlich muss es uns neben der Blindengeldzahlung zum Nachteilsausgleich um gelebte Inklusion und Integration und echte Chancengleichheit gehen“, schließt Astrid Rothe-Beinlich.



Bittere Entscheidung zu Lasten der Schwächsten

Ablehnung des Abschiebestopps für Roma forciert menschenfeindliche Politik

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt sich schwer enttäuscht über die Ablehnung eines Abschiebestopps für Roma, Ashkali und Ägypter in den Kosovo. „Die Ignoranz gegenüber dem Schicksal dieser Menschen ist schlicht unerträglich“, so unsere migrationspolitische Sprecherin, Astrid Rothe-Beinlich.

„Thüringen hat es damit verpasst, ein klares humanitäres Zeichen zu setzen.“ Gemeinsam mit der LINKEN hatten die Bündnisgrünen im Thüringer Landtag in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, die Ausländerbehörden des Freistaats per Erlass anzuweisen, keine Abschiebungen von Roma, Ashkali und Ägyptern aus dem Kosovo durchzuführen oder vorzubereiten. Stattdessen sollte sie im Rahmen ihrer bundespolitischen Verantwortung darauf hinwirken, dass ein bundesweiter Abschiebestopp dieser Gruppen verfügt wird.

„Die heutige Entscheidung ist umso unverständlicher, wenn man beachtet, dass viele Roma-Flüchtlinge seit Jahrzehnten in Deutschland leben“, betont Astrid Rothe-Beinlich. „Wenn sie abgeschoben werden, ist es für sie im Prinzip unmöglich, eine neue Perspektive zu finden.“

Laut UNHCR können die Roma meist nicht mehr in ihre ursprünglichen Siedlungen und Häuser zurückkehren, da sie zerstört oder durch andere Menschen in Besitz genommen wurden. „Das heißt, sie müssten unter unmenschlichen Bedingungen und in ständiger Angst vor Diskriminierung leben - mit allen Konsequenzen für ihre fundamentalen Menschenrechte“, so die Grünen-Politikerin.

Doch trotz aller Warnungen internationaler Organisationen und der Kirchen leugnet die Bundesregierung die unwürdigen Lebensbedingungen von Roma im Kosovo und bereitet derzeit eine großangelegte Abschiebeaktion vor.

„Die Landesregierung beziehungsweise die Koalitionsparteien hätten heute ein Signal gegen diese Politik setzen können. Die Ablehnung durch die Regierungsfaktionen hat diese nunmehr sogar noch forciert“, schließt Astrid Rothe-Beinlich.

Wir wollen weg von fossilen Brennstoffen hin zu Erneuerbaren Energien.

In Thüringen gibt es die notwendigen Potenziale zur Deckung dieses Bedarfs an Erneuerbaren Energien. Im Freistaat gibt es die notwendigen Potentiale zur Deckung dieses Bedarfs. Aber wir sind uns auch sicher, dass die Erschließung dieser Potentiale nicht ohne Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und nicht ohne Berücksichtigung von Natur und Landschaft stattfinden kann und darf.

In einer ganzen Reihe von Konferenzen wollen wir uns mit allen Interessierten zur möglichen Nutzung Erneuerbarer Energien in Thüringen austauschen. Die erste dieser Veranstaltungen widmet sich der Windkraft. Am **17. und 18. November** wollen wir mit den Teilnehmern die Möglichkeiten und Grenzen eines umwelt- und naturverträglichen Windkraftausbaus für Thüringen diskutieren.

In einer eröffnenden **Diskussionrunde** sprechen u.a. Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) und unser energiepolitischer Sprecher, Dirk Adams, zur Situation der Windkraft in Thüringen. Am zweiten Tag der Klimakonferenz nähern wir uns den zentralen Fragen der Windkraft mit **Vorträgen** u.a. von Dr. Hermann Ott (MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Franz-Josef Degenhardt (Bürgermeister Büttstedt). Anschließend werden einzelne Aspekte in drei **Workshops** vertieft. Geleitet werden diese von Vertretern u.a. aus Politik, Forschung, Wirtschaft und den Medien. Mit einer **Präsentation** der Ergebnisse zum Ende des zweiten Tages schließen wir gemeinsam die Klimakonferenz 2010 zum Thema Windkraft.

Wir laden herzlich zu zielorientierten Diskussionen und der Gestaltung einer neuen Thüringer Energiepolitik ein. Für mehr frischen Wind!



Begleitetes Fahren mit 17

Die Fraktion stimmte dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Modellprojekt „Begleitetes Fahren mit 17“ dauerhaft einzurichten. Sie forderte von der Landesregierung, sich nicht nur für diese Möglichkeit zur Senkung des Unfallrisikos einzusetzen, sondern für die Verkehrssicherheit insgesamt. Dazu gehören genauso mehr Landesstraßen begleitende Radwege wie eine Qualitätssicherung für Schulbusse. Hier sind durch eine ADAC-Studie gravierende Mängel in Thüringen aufgefallen.

Wir sehen uns:

...zum Sommerfest am 27. August. Wir wollen mit euch tanzen und lachen, plaudern und diskutieren über ein Jahr Fraktionsarbeit im Thüringer Landtag. Es wird gemütlich, es wird laut, es wird heiß, dunkel, voll und GRÜN!

Den nächsten Fraktionsnewsletter bekommt ihr in den Parlamentsferien am 24. Juli.

V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Oliver Will und Theresa Junge